

VGB Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten

Aufruf zur Protest-Demonstration

Die Geschäftsführung der **DGB Rechtsschutz GmbH** plant in drei Jahresschritten weitere Personal-kosteneinsparungen in Höhe von 15.000.000 (15 Millionen) €, also pro Jahr fünf Millionen in den nächst-ten drei Jahren, beginnend mit dem Jahr 2004. Das bedeutet den Verlust von mindestens weiteren 100 Arbeitsplätzen und zig Rechtsstellen und damit Arbeitsverdichtung auf geplante bis zu 500 Verfahren jährlich pro Rechtssekretär bzw. 625 Verfahren pro Verwaltungsangestellte. Die Beschäftigtenzahl der DGB Rechtsschutz GmbH würde dann auf gerade mal 750 ArbeitnehmerInnen schrumpfen.

Erinnern wir uns: 1998, bei der Abspaltung vom DGB waren es noch 1.050 Beschäftigte. Zwei Jahre später waren es nur noch 950. Und seitdem ging die Zahl der ArbeitnehmerInnen der DGB Rechtsschutz GmbH auf derzeit 850 zurück.

Die Qualität ließ zu wünschen übrig, der Stress wuchs und mit ihm der Frust, weil in der Fläche die sog. „1-Mann/1-Frau-Rechtsstellen“ geschlossen wurden mit der Folge, dass die Wege zu den Arbeits- und Sozialgerichten weiter wurden und die Rechtssekretäre (aber auch die Gewerkschaftsmitglieder !) vermehrt auf Strasse und Schiene unterwegs waren, statt bei den Rat und Rechtsvertretung suchenden Mitgliedern der Einzelgewerkschaften in den Gewerkschaftshäusern parat zu sein. Das Versprechen des DGB, für die Mitglieder der Gewerkschaften flächendeckend Anlaufbüros bereit zu halten, wurde ad absurdum geführt. Eine ordnungsgemäße Vertretung war nicht immer gewährleistet. Beschäftigte verließen die DGB-Rechtsschutz GmbH, wann immer sich eine Gelegenheit bot, aber Widerstand rührte sich nicht.

Nun ist das Maß voll! Auf der Betriebsversammlung der Region NRW am 12.02.2004 in Düsseldorf meldeten sich spontan auf den Aufruf des VGB 27 Rechtsschutz-Beschäftigte, um nach Berlin zu fahren und anlässlich der Aufsichtsratssitzung, auf der diese Planungen beschlossen werden sollen, gegenüber den Anteilseignern zu protestieren. Auch *ver.di* unterstützt den Protest und stellt einen Bus zur Verfügung. Im

**Hotel Maritim proArte, Berlin, Friedrichstraße 151
(Nähe S-Bahnhof Friedrichstraße)**

tagt am Mittwoch, 3. März 2004, 17.00 Uhr

der Aufsichtsrat und soll über die geplanten Personaleinsparungen und Schließung von Rechtsstellen entscheiden. Im Dezember 2003 war ein Beschluss nicht möglich, weil die Arbeitnehmervertreter ausgezogen waren, um eine Entscheidung zu verhindern. Den Aufsichtsratsmitgliedern, bestehend aus dem DGB, den sieben Einzelgewerkschaften und den fünf ArbeitnehmervertreterInnen der DGB Rechtsschutz GmbH muss klargemacht werden, dass die Beschäftigten einen weiteren Arbeitsplatzabbau nicht kampflös hinnehmen werden.

**Wehrt euch! Fahrt mit zur Protestaktion nach Berlin !
Wer kämpft, kann verlieren; wer nicht kämpft, hat schon verloren !**

Der *ver.di*-Bundesfachbereich 13 hat seinen Bezirksverwaltungen empfohlen, die Protest-Aktion anlässlich der Aufsichtsratssitzung in Berlin durch kostenlose (Klein-) Bus-Transporte zu unterstützen. Nehmt Urlaub oder Freizeitausgleich und fahrt mit nach Berlin !

Der VGB fordert:

**Erhöhung des Personalkostenanteils für den Rechts-
schutz an den Einnahmen des DGB von 40 auf 45 %!**

Kontaktadressen: VGBHelmutWagner@t-online.de

Helmut Wagner, Telefon 08671/72972 ; Walter Hermann, Telefon 0171/4941256

VGB-Büro Offenbacher Str. 28, 63165 Mühlheim, Tel. 06108/793392, Fax 06108/794519; www.derVGB.de